Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 50 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Nr. 205. Halle, Dienstag, den 4. Mai 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Der neue Reichstag.

Berlin, 3. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Der neugewählte Reichstag soll, wie die Berliner Börsenzeitung meldet, am 22. Juni zusammentreten und etwa bis Mitte Juli tagen, um den Etat, sowie noch zu erledigende Steuervorlagen und einige andere wichtigere Gesetze zu erledigen. In diesem Zusammenhang teilt der Berliner Börsenkurier mit: Die am 19. und 20. d. M. abermals tagende Nationalversammlung, die nach einer früheren Meldung die Uebernahme des Kohlen- und Kalisyndikates durch das Reich erledigen sollte, wird nur einige wirtschaftspolitische Verordnungen und das Gesetz über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit zu beraten haben. An ein beschlußfähiges Haus glaubt jedoch das Blatt nicht, sondern es meint, daß mit Ueberraschungen gerechnet werden müsse. Die preußische Landesversammlung wird vom 8. Mai bis 16. Juni Wahlferien eintreten lassen. Die endgiltige Verabschiedung der Verfassungsvorlage soll im Juni erfolgen, vorausgesetzt, daß die Kommission während der Wahlen ihre Arbeiten fördert. Der neue Etat soll bis Mitte Juni erledigt werden und alsdann eine längere Ferienpause eintreten.

Die nächsten Konferenzen.

Berlin, 3. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Während die Hauptfrage bei den Besprechungen in Spa die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands werden dürfte, wird sich die Entente-Finanzkonferenz, die in Brüssel erst nach dem Abschluß der Spaer Besprechungen zusammentreten soll, laut Nationalzeitung vornehmlich mit der Frage der Lieferung von Rohmaterial an Deutschland befassen. Einzelne große amerikanische Finanzkonzerne haben sich bereits geneigt erklärt, diese Lieferungen durchzuführen, wenn die Entente für die an Deutschland zu gewährenden Kredite die volle Garantie übernimmt. Das gleiche Blatt bringt Auslassungen der französischen Presse, daß Deutschland nicht gewillt sei, seinen im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Abgabe der deutschen Schiffe.

WTB. **Berlin,** 3. Mai. Die deutsche Schiffahrtskommission unter Führung des Geheimrats Seeliger ist wieder nach London abgereist, um die Unterhandlungen über die Abgabe der deutschen Schiffe fortzusetzen.

Dr. Köster über San Remo und Spa.

WTB. **Budapest,** 3. Mai. (Drahtnachricht.) In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „Az Est" äußerte sich der deutsche Reichsminister des Aeußeren Dr. Köster über die Ergebnisse der Verhandlungen in San Remo, daß dieselben keineswegs zu übergroßen Hoffnungen berechtigten. Daran hinderte schon der Passus der amtlichen Havasmeldung, wonach sich die Entente die Besetzung weiterer deutscher Gebiete als Zwangsmaßnahme vorbehält, die weder dem Buchstaben noch dem Geist des Friedensvertrages entsprechen würde, noch mit dem Geist und den Prinzipien des Völkerbundes in Einklang zu bringen ist. Unser Schritt hinsichtlich der Beibehaltung des 200 000 Mann-Heeres soll ungünstig auf die Entente eingewirkt haben. Unsere letzte Denkschrift hierüber faßt lediglich die Argumente zusammen, die unsere Geschäftsträger in London und Paris zu wiederholten Malen gegenüber der militärischen Stelle der Gegenseite betont haben. Die Frage der Beibehaltung des 200 000 Mann-Heeres muß bis zum 10. Juli entschieden sein. Hätten wir bis dahin mit unseren Gegenvorstellungen gewartet, so hätte uns die Entente später vorwerfen können, daß wir die Dinge an uns herantreiben lassen, um der Entente plötzlich die Pistole auf die Brust zu setzen. Wir sind bestrebt, alles zu tun, um den Vertrag loyal durchzuführen. Dazu müssen wir unseren Gegnern Klarheit verschaffen, über das was wir brauchen und das was wir haben können. Die mündliche Aussprache in Spa gab uns Gelegenheit, endlich aus dem fruchtlosen Stadium des Notenwechsels herauszukommen. Wir gehen nach Spa in der Hoffnung, daß mit den dortigen Besprechungen die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles in die dem allgemeinen Interesse dienenden Bahnen geführt werde. In dieser Richtung wünsche ich auch, den jetzt in ein ernsteres Stadium gelangenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen einen günstigen Fortgang. Aber es müssen alle Hindernisse aus dem Wege geräumt werden, welche dem nationalen Empfinden jedes Volkes, das noch etwas auf sich und seine Ehre hält, tödliche Wunden zu schlagen, geeignet sind. Daher hoffe ich, daß mit der Räumung des Maingaues nunmehr baldigst der erste Schritt gegenseitiger Verständigung getan wird. Die dazu notwendigen militärischen Umgruppierungen werden von uns baldigst beschleunigt werden.

Zum Preissturz auf dem Ledermarkt.

Berlin, 3. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber die Folge der Krise auf dem Häute- und Ledermarkte schreibt das B. T.: Angesichts der starken Preisrückgänge für rohe Häute, fertiges Leder, Schuhwaren usw. erhoben die Beteiligten der Landwirtschaft Einspruch gegen die Konjunkturgewinnabgabe. Der den Beteiligten jetzt entstehende Verlust soll viel größer sein, als der frühere Konjunkturgewinn. Man will die Zahlungen verweigern und es auf die Beitreibung ankommen lassen. Im Schuhhandel zeigt sich weiter ein scharfer Wettbewerb zwischen dem freien Handel und den Kommunalverbänden. Die Ersteren bieten billiger an als die Letzteren, die nun gezwungen sind, den Kreis der Kaufberechtigten, d. h. der Minderbemittelten zu erweitern. Vielfach dürften die Kommunalverwaltungen nicht ohne Verlust davonkommen.

Ermordung eines westfälischen Schloßherrn.

WTB. **Münster,** 3. Mai. (Drahtnachricht.) Freiherr von Westerholt-Gysenberg auf Schloß Sythen, der heute vor dem Kriegsgericht in Münster als Zeuge gegen den wegen Plünderung des Schlosses Sythen angeklagten Rotgardisten Susan auftreten sollte, wurde heute Morgen bei Sythen ermordet aufgefunden. Bereits vor einiger Zeit war angekündigt worden, daß 20 000 Mark von Seiten der Roten Armee auf seinen Kopf ausgesetzt seien.

Aufhebung des französischen Belagerungszustandes in Wiesbaden.

WTB. **Mainz,** 3. Mai. Der Oberbefehlshaber der Rheinarmee, General Degoutte, erläßt eine Bekanntmachung, nach der angesichts der allgemeinen Lage und der ausgezeichneten Haltung der Bevölkerung seit dem 6. April gemäß der Entscheidung der interalliierten Kommission für die besetzten Rheinlande der Belagerungszustand in den früheren besetzten Gebieten des Brückenkopfes Mainz, wo er durch Verordnung vom 6. April verordnet war, aufgehoben wird, nämlich in den Bezirken Höchst, Königstein, Frostgerau, Langenschwalbach, Wiesbaden Stadt und Land. Ferner treten die auf Grund des Belagerungszustandes angeordneten Strafbestimmungen außer Kraft, beides mit Wirkung vom 2. Mai mittag. Für die neu besetzten Gebiete des Brückenkopfes Mainz tritt eine Aenderung der Bestimmungen vom 6. April und der späteren Anordnungen nicht ein.

Vom französischen Eisenbahnerstreik.

WTB. **Paris,** 3. Mai. Im Eisenbahnerstreik ist die Lage noch unverändert. Mit Hilfe von Arbeitswilligen und Freiwilligen ist es bisher gelungen, den Verkehr aufrechtzuerhalten. Auf den großen Linien verkehren die Züge fahrplanmäßig. Wie Havas weiter berichtet, macht sich unter den Eisenbahnern eine Bewegung dahin geltend, aus der Gewerkschaft der Eisenbahner auszutreten und eine Vereinigung der Eisenbahner ins Leben zu rufen, die eine reine Berufsvereinigung ohne politischen Charakter darstellt.

Der Streik der französischen Seeleute.

Paris, 3. Mai. Havas meldet aus Le Havre: Gemäß den Anweisungen der Confederation Generale du Travail haben die eingeschriebenen Seeleute der Handelsmarine gestern die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Alle Feuer auf den Schiffen sind gelöscht worden, ausgenommen diejenigen Dampfer, die den Dienst in den Häfen von Calvarios versehen, der aber heute eingestellt wird. Der Ueberseedampfer „La France" wird nicht abreisen. Auch die Hafenarbeiter werden in den Ausstand treten.

Englische Bankiers kommen nach Deutschland.

WTB. **Paris,** 3. Mai. Laut „Journal" meldet „Sunday Pictorial", daß sich eine Abordnung englischer Bankiere nach Deutschland begeben hat, um sich über die Geschäftslage zu unterrichten. Die englischen Bankiers würden auch den Plan einer internationalen Bondsausgabe prüfen, durch die man den Kredit Europas wieder heben könne. Man spreche von vier Milliarden Pfund Sterling. Die Ausgabe solle unter dem Schutze des Völkerbundes erfolgen.

Ein englisches Urteil über Hindenburg.

In einer Besprechung der in England gleichzeitig als Buch und in einer Artikelserie im „Daily Telegraph" erschienenen Erinnerungen Hindenburgs schreibt der militärische Mitarbeiter der „Morning Post", Oberstleutnant Repington, indem er gleichzeitig über Ludendorffs Eigenschaften ein ungünstiges Urteil fällt, „Hindenburg ist bescheiden, frei und offen und klärt ausgezeichnet über alle mit dem Oberbefehl und der allgemeinen Kriegführung zusammenhängenden Fragen auf". Wer die Kriegskunst studieren will, wird beim alten Marschall auf fast jeder Seite Aufklärung über bisher unbekannte Dinge finden. Er wird sich mit Recht eher an Falkenhayn und Hindenburg, als an Ludendorff wenden, um die Auffassung des Großen Hauptquartiers kennen zu lernen. Er wird sehen, wie Deutschlands Zusammenbruch Tag für Tag näherrückte, wie ein unaufhaltsames Schicksal, und zwar auf Wegen, die sich nicht sehr von denen unterscheiden, die zu Napoleons Abfall führten. „Beider Sache ging zugrunde, weil die Führer in ihren Anforderungen an ihre Völker die Grenzen des Möglichen überschritten, und in ihren Bestrebungen den Sinn für die Wirklichkeit einbüßten."

Kiew von den Polen besetzt.

Berlin, 3. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Wie der Berliner Börsenkurier meldet, ist Kiew am 1. Mai von den Polen genommen worden.

Die Lage des deutschen Protestantismus in Polen.

In der preußischen Generalsynode ist von sachkundiger Seite über die Lage der evangelischen Kirche und Schule in den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten ein Bericht erstattet worden, von dem man wünschen sollte, daß er überall in Deutschland, aber auch im Ausland, besonders im protestantischen Ausland, bekannt und gewürdigt wird. Es ergibt sich aus ihm, daß die polnischen Zeitungen, die von „Freiheiten" der Minderheiten im neuen Polen soviel zu erzählen wissen, die Tatsachen schlechthin auf den Kopf stellen. Polens kulturelle Politik beginnt im wesentlichen wiederum da, wo im alten Polen die von den Jesuiten geleitete Ketzerverfolgung aufgehört hat.

Betrachten wir die Schulverhältnisse. Schon jetzt sind an 100 Lehrerstellen an evangelischen Volks- und Mittelschulen unbesetzt. Die Zahl wächst ständig. Die Simultanschulen hat man aufgelöst, die Schulhäuser aber sind meist den katholischen Schulen überwiesen, für die evangelischen Kinder gibt's, wenn überhaupt, nur noch unzureichende Räume. Eine ganze Reihe evangelischer Schulen, darunter stiftungsgemäß evangelische, sind aufgelöst worden. Nach Mitteilungen der polnischen Regierung im amtlichen Schulblatt der Provinz sind im Jahre 1919 81 Schulen der Umwandlung in polnisch-katholische Schulen anheimgefallen. Hunderte von evangelischen Kindern sind ohne Schule und Religionsunterricht, andere erhalten den Unterricht vertretungsweise in einigen wenigen Wochenstunden, viele haben 6, 7 und mehr Kilometer Wegs zu den Schulen zurückzulegen, denen sie überwiesen sind. Die meisten deutschen Gymnasien und höheren Lehranstalten sind in polnische Lehranstalten umgewandelt und an den wenigen deutsch gebliebenen sind unter rücksichtsloser Beseitigung deutscher immer mehr polnische Lehrkräfte angestellt, darunter solche, die der deutschen Sprache kaum mächtig sind. Die Posener Provinzialsynode der evangelischen Kirche hat entschiedenen Einspruch gegen die Aufhebung lebensfähiger evangelischer Schulen eingelegt und Bereitstellung ausreichender Mittel zur Deckung der Kosten auch des evangelischen Minoritätenunterrichts gefordert.

Auch auf dem rein kirchlichen Gebiet hat die Posener Provinzialsynode Forderungen erheben müssen, die, wenn die Kirche weiter bestehen soll, unbedingt erhoben werden mußten. Neben der Glaubensfreiheit und dem Recht ungehinderter Religionsausübung kann die Kirche das Selbstbestimmungsrecht nicht entbehren. Sie muß sich ihre leitenden Behörden selbst aus ihrer Mitte bestellen und muß den ideellen und organischen Zusammenhang mit der Mutterkirche in Preußen aufrechterhalten.

Aber nicht einmal die Glaubensfreiheit ist im neuen Polen voll gewährleistet. Fast in allen Gottesdiensten finden sich Beauftragte, die die Prediger überhören und nach polenfeindlichen Aeußerungen suchen, für die dann, wie in einem Fall, ohne Richterspruch ohne weiteres polizeiliche Geldstrafe — 1 000 Mark — verhängt werden. „Bibelstunden" gelten als Versammlungen, die angemeldet werden müssen; ein Geistlicher, der solche in einem Schulhaus ohne Anmeldung abhielt, wurde bestraft.

Auf das äußerste gefährdet ist das Selbstbestimmungsrecht. Das Warschauer Ministerium hat neuerdings den Beschluß gefaßt, das jetzige Konsistorium zu beseitigen und durch ein von der polnischen Regierung ernanntes zu ersetzen. Man kann sich denken, wie das aussehen wird. Dazu hat die Posener Behörde kategorisch gefordert, daß man mit dem 1. Oktober d. Js. auch in der inneren Verwaltung des Konsistoriums die polnische Geschäftssprache zu gelten habe. Die Polen bekämpfen denn auch den Gedanken weiterer Verbindung mit der preußischen Mutterkirche. Die Posener Provinzialsynode hat ausdrücklich erklärt, daß der Zusammenhang ausschließlich kirchlich und frei von jedem staatlichen Einfluß sein soll. Die polnische Regierungsbehörde in Posen aber scheint über das Selbstbestimmungsrecht der evangelischen Kirche einfach zur Tagesordnung übergehen zu wollen. Sie hat Ende 1919 nicht bloß die staatlichen Zuschüsse, sondern auch die Bezüge eines kirchlichen Zentralfonds und die Synodalgelder gesperrt und macht die Auszahlung von Zusammentritt einer verfassunggebenden Synode abhängig. In der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit war die Ausführung dieses Wunsches nicht möglich. Die Provinzialsynode hat infolgedessen eine Notverfassung beschlossen, die auch für den abgetretenen Teil der Provinzen Ostpreußen und Ostpreußen gilt. Die Generalsynode hat dieser Notverfassung zugestimmt. Darüber aber kann kein Zweifel bestehen, und die Posener Provinzialsynode hat es in ihren Beschlüssen zum Ausdruck gebracht, daß die evangelischen Gemeinden im abgetretenen Gebiet sämtlich auf dem Standpunkt stehen, an ihrem Selbstbestimmungsrecht festzuhalten. Der Zusammenhang mit der unierten evangelischen Kirche in Preußen gilt ihnen ausnahmslos als ein natürliches Recht. Wir werden abwarten, ob der polnische Staat wirklich das Band der Glaubensgemeinschaft, der geschichtlichen Entwicklung und der gleichen Einrichtungen zertrennen wird, das die abgetrennten Gemeinden mit ihrer Muttersprache verbindet. Tut er es, so kann es ihm nur auf dem Wege der Gewalt, der Gewissensknechtung und kirchlichen Verfolgung gelingen, aber solche Gewaltat wird niemals von der evangelischen Kirche anerkannt werden, und einst wird kommen der Tag, wo auch die polnische Ketzerverfolgung ihr Ende und ihre Sühne findet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200504012/fragment/page=0001

Der russisch-polnische Konflikt.

WTB. Amsterdam, 3. Mai. Den hiesigen Blättern zufolge hat die Sowjetregierung einen Aufruf an die Arbeiter, Landleute und roten Soldaten gerichtet, indem es heißt: Sowjetrußland, welches Denikin, Koltschak und Judenitsch besiegt hat, ist imstande, mit Feuer und Stahl den polnischen Pans und denen, die hinter ihnen stehen, zu beweisen, daß die Zeit, wo das russische arbeitende Volk wehrlos war, zu Ende ist. Ihr könnt den polnischen Großgrundbesitzern und Kapitalisten einen solchen Schlag versetzen, daß sein Echo in den Straßen aller Hauptstädte der Erde widerhallt.

Die „Westminster Gazette" schreibt zu dem Aufruf: Keiner der neugeschaffenen Staaten brauche den Frieden dringender, als Polen. Die Alliierten können ihren Einfluß dazu verwenden, den Krieg so bald als möglich zu beendigen. „Daily News" nennt den Krieg verbrecherisch. Die Alliierten sollten der polnischen Regierung keinen Kredit und keine Unze Kriegsmaterial geben. Der Völkerbundrat müsse zusammenberufen werden. Die „Times" steht in dem polnischen Vorgehen nur einen Akt der Selbstverteidigung.

Ruhiger Verlauf der Maifeier in Italien.

WTB. Rom, 3. Mai. Abgesehen von zwei durch die herausfordernde Haltung anarchistischer Elemente hervorgerufenen Zwischenfällen in Turin und Pola, wobei fünf Personen getötet und mehrere verletzt wurden, ist der 1. Mai in ganz Italien ruhig verlaufen. In Neapel wurde das Fest der Arbeit durch einen großen Umzug gefeiert, wobei vaterländische Lieder gesungen wurden. Die Zeitungen erklären, die aufständisch gesinnten Minderheiten würden von jetzt ab davon überzeugt sein, daß jeglicher Versuch, die innere Ordnung durch Aufruhr zu stören, vergeblich sein würde. Diese Minderheiten hätten eine mächtige Gegenwirkung des Landes zu fürchten, zu der das Land fest entschlossen sei, wie dies die machtvolle Kundgebung von über 100 000 Personen bei dem Begräbnis eines durch einen unbekannten Mörder getöteten königlichen Gardisten gezeigt habe.

Zwischenfall in Turin und Pola.

WTB. Rom, 3. Mai. Agenzia Stefani. Bei dem Zwischenfall in Turin am 1. Mai wurden einige Polizisten durch Bambusstöcke verletzt. Die Ruhestörer hatten zwei Tote und etwa 30 Verwundete. In Pola wurden ein Offizier und ein Manifestant getötet. Die Zahl der Verwundeten belief sich auf etwa 30.

Generalstreik in Lima.

Lima, 3. Mai. Am 1. Mai kam es hier zu einem 24stündigen Generalstreik.

Kabinettsbildung in Schweden.

WTB. Kopenhagen, 3. Mai. Der König forderte heute morgen den früheren Ministerpräsidenten Neergaard auf, das neue Ministerium zu bilden. Dieser erklärte sich bereit, die Aufgabe der Kabinettsbildung zu übernehmen. Neergaard gehört der Partei der Linken an.

Der Streik der Binnenschiffer.

WTB. Berlin, 3. Mai. Der Verband der Binnenschiffer teilt mit: Der Streik auf der Elbe, der Oder und den nördlichen Wasserstraßen ist allgemein. Die Privatschiffahrt hat sich dem Streik angeschlossen.

Wie WTB. hierzu von amtlicher Seite erfährt, trifft es nicht zu, daß der Streik allgemein ist. Er erstreckt sich aber immerhin auf den größeren Teil der Betriebe.

Starker Besuch der Frankfurter Messe.

WTB. Frankfurt a. M., 3. Mai. Der Besuch der zweiten Frankfurter Messe war schon am ersten Tage außerordentlich stark. Ein großer Teil der Einkäufer ist bereits in Frankfurt eingetroffen. Für die nächsten Tage sind bei verschiedenen Firmen beträchtliche Abschlüsse getätigt worden. Vor allem sind auch von schwedischen Besuchern bedeutende Bestellungen auf Kontrakt gegeben worden. Am Sonntag besuchte eine Reihe offizieller Teilnehmer an dem Wirtschaftskongreß die Messe, darunter der Vertreter der italienischen Regierung. Der Abgesandte der holländischen Regierung, Stekete Mewenter, ist gleichfalls hier eingetroffen. Er wird mehrere Tage die Messe besichtigen. Er sprach sich bei seinem Besuche auf dem Messamte über die ersten Eindrücke, die er gewonnen, sehr befriedigt aus. Die Beschickung der Messe aus allen Landesteilen läßt für alle Interessenten einen Besuch außerordentlich empfehlenswert erscheinen. Am heutigen Montag ist schon in den frühen Stunden das Leben in der ganzen Messestadt außerordentlich rege. Für die Mittagsstunden sind Vertreter der Reichsregierung und der bundesstaatlichen Regierungen angekündigt. Aus dem Auslande sind sowohl vom Osten wie vom Westen zahlreiche Besucher in Frankfurt anwesend. Vom 4. bis 7. Mai werden Ausländerabende veranstaltet. In den Theatern finden Festaufführungen statt. Der Polizeipräsident hat für die Dauer der zweiten Frankfurter internationalen Messe vom 2. bis 11. Mai die Polizeistunde auf 1 Uhr nachts festgesetzt.

Sitzung des Reichskohlenrats.

WTB. Berlin, 3. Mai. Am 11. und 12. Mai findet in Berlin eine Sitzung des Reichskohlenrats statt, die voraussichtlich eine eingehende Erörterung der Kohlenwirtschaft bringen wird. Insbesondere stehen die Brennstoffverkaufspreise und die Frage des Handelsnutzens zur Beratung.

Die päpstliche Spende.

WTB. München, 3. Mai. Wie die Korrespondenz Hoffmann von zuständiger Seite erfährt, hat der Papst für die armen Kinder in Deutschland bis jetzt schon mehr als fünf Millionen Mark gespendet, davon sandte er über vier Millionen an den Erzbischof von Breslau und über eine Million an den Erzbischof von München-Freising, mit der Anweisung zur Verteilung an die verschiedenen Diözesen von Deutschland und Bayern.

Oesterreichische Zwischenbanknoten.

WTB. Wien, 3. Mai. Die Oesterreichisch-Ungarische Bank gibt von heute ab Zwischenbanknoten zu 1 000 und 10 000 Kronen mit dem Stempelaufdruck „Echt, Hauptanstalt der Oesterreichisch-Ungarischen Bank" aus, da die Herstellung der neuen Banknoten noch einige Zeit beanspruchen. Diese Erlassnoten bleiben nur bis zur Fertigstellung der neuen Noten im Verkehr.

Deutsches Reich.

Zum Austritt der früheren sozialistischen Abgeordneten Dr. Wiemer und Dr. Mugdan aus der Demokratischen Partei berichten Berliner Blätter: In der Erklärung der Herren, die ihren Austritt begründen soll, wird besonders hervorgehoben, daß sie mit der Haltung der Deutschen demokratischen Partei zum Generalstreik nicht einverstanden sind. Das ist ein Vorwand. Die Verhandlungen liegen monatelang zurück. Die Herren wollten erst eine eigene Partei gründen, um sich die ersehnten Kandidaturen zu sichern. Erst als die Schaffung des neuen Wahlgesetzes durch Einschränkung der Reichsliste kleinen Parteisplittern einen Mandatsgewinn unmöglich machte, entschlossen sie sich zur Rückkehr zu die Volkspartei. Bemerkenswert ist, daß die Herren, als die Verhandlungen noch schwebten, noch an demokratischen Parteileben teilnahmen und Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen besuchten.

Zum Unterstaatssekretär im preußischen Finanzministerium ist der Bürgermeister von Hannover, Dr. Weber; zum Ministerialdirektor im preußischen Finanzministerium der bisherige Geheime Regierungsrat und vortragende Rat im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Bachem, berufen worden.

Halle und Umgebung.

Halle, den 4. Mai 1920.

Stadtverordneten-Sitzung.

Höhere Gas- und Wasserpreise. — Die riesigen Wohnungslasten durch die Leunawerke. — Bau von hundert Wohnungen für 2 Millionen Mark. — Bevorstehende Verschärfung der Bestimmungen über Zwangseinmietungen für große Wohnungen. — Die Flughallen Eigentum der Entente. — Erweiterter Jahrmarkt im Herbst.

Die Versammlung leitet Stv. Keil (Deutschdem.). Es liegen eine Anzahl Eingänge vor. Der Reichspostminister hat mitgeteilt, daß für das neue Postscheckamt Erfurt gewählt ist, weil Halle zu nahe an Leipzig liege. — Ein Gesuch der Gewerbegerichtsbeisitzer, ihnen die Entschädigung von drei Mark pro Sitzung zu erhöhen, wird auf 14 Tage zurückgestellt, ebenso ein Gesuch auf Einrichtung von Gemüsegärten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses in Sachen: Verhalten des Oberbürgermeisters und mehrerer Polizeibeamten in den Kapptagen, Stv. Osterburg eine Erklärung des Ausschusses, worin die Herren dagegen Verwahrung einlegen, daß Obr.-bürgermeister Rive sie auf dem Provinziallandtag ein Denunziationskomitee genannt habe. Der Ausschuß weise diesen Anwurf mit Entschiedenheit zurück.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

1. In die Deputation zur Verwaltung des Asyls für Obdachlose wird die Waisenpflegerin Frau Lilien gewählt.

2. Als Ersatzmänner für den ausgeschiedenen Stv. Kleeis wählt man Mitglieder seiner Fraktion in verschiedene Ausschüsse.

3. Zu Um- und Einbauten für Kleinwohnungen werden aus einer neu aufzunehmenden Anleihe 500 000 Mk. zur Verfügung gestellt. Der Referent, Stv. Baite (Deutschdem.) bemerkt dabei, daß es sich um Ausbau von Notwohnungen handle. In unserer Stadt fehlen zurzeit über 4000 Wohnungen.

Stv. Heine (Fraktionslos) fragt, wie weit die Angelegenheit der Gemeinnützigen A.-G. für Angestelltenheimstätten gediehen sei.

Stadtrat Fischer: Wir verhandeln noch. Es sollen Baukostenzuschüsse vom Reich gegeben werden. Wir werden demnächst mit einer Vorlage kommen, die mit einem Aufwand von 2 Millionen Mark hundert Kleinwohnungen schaffen soll.

4. Dem Bauverein für Kleinwohnungen werden als Ueberleuchtungszuschüsse zu den Kosten seiner Siedlung am Johannesplatz 13 500 Mk. nachbewilligt. (Ref. Frl. Lange (Deutschdem.).

5. An der Hilfsschule soll für das Schuljahr 1920 eine neue dritte Klasse eingerichtet und zwei Hilfsschulerinnenstellen geschaffen werden. Es werden 1818 Mk. bewilligt. (Ref. Stv. Busse (Deutschnat.)

Punkt 6 betrifft eine geringfügige Aenderung der Geschäftsordnung für den Schlachthof. Punkt 7 die Einstellung der Einzelausgabe vom Schlachthof. Wie Stv. Galhaar (Unabh.) darlegt, hat der Magistrat die Preise für das im städtischen Schlachthof hergestellte Kunsteis infolge der Verteuerung der Kohle, der Pferdeunterhaltung und der Arbeiterlöhne erheblich steigern müssen, und zwar bei Abnahme im Schlachthof pro Block (ca. 50 Pfund) für Abnehmer einzelner Blöcke auf 2 Mk., für ständige Abnehmer größere Mengen sowie für Fleischer auf 1,80 Mark, für Abnehmer einzelner Stücke (ein viertel Block) auf 1 Mk., bei Lieferung frei Haus für Hotels, Heilanstalten 3,75 Mk., für Abnehmer einzelner Stücke gegen sofortige Bezahlung 1,50 Mark. Eis im Abonnement soll nicht mehr ausgetragen werden, da dabei die Kosten nicht herauskommen. Um aber die Bürgerschaft nicht ohne Eis zu lassen, soll es den Fleischern freigestellt werden, Eis bis zum Preise von 3 Mk. pro Block zu verkaufen. Das Eis ist in diesem Falle immer noch billiger als bei einem Bezuge durch den Schlachthof.

Die Versammlung stimmte der Einstellung der Eisausfuhr zu.

6. Zum Bau- und Einrichtungszuschuß und Mehrung der deutschen Volkskraft wird ein Zuschuß von 20 000 Mk. zu den Kosten des Säuglingsheims bewilligt. (Ref. Stv. Ritter (Deutschdem.).

9. Für eine Weichenanlage auf dem Betriebsbahnhof 2 in der Seebener Straße bewilligt man 116 000 Mk. (Ref. Stv. Ritter (Deutschdem.).

10. Der Magistrat hat beschlossen, in den Haushaltsplan 1920/21 unter Position XXI. A. II die Summe von 5000 Mk. als Beitrag für das Provinzial-Institut für

praktische Psychologie

in Mietleben einzustellen.

Die Berufsberatung hat durch die Pflege, die ihr von privater und behördlicher Seite in den letzten Jahren zu

Der Mann auf Man.

Berliner Brief.

Krieg und Umsturz haben die Straßen Berlins mit allerlei neuen Typen gesegnet. Die auffallendsten waren und sind noch die Kriegsverletzten. Blinde, die von ihren treuen Hunden geleitet werden und an den Bahnhöfen und Ecken stehen, Almosen zu empfangen, Beinlose, die am Boden kauern, Ziehharmonika oder Violine spielen. Dazu kommen alle die Leichtverletzten, die mit Zigaretten, Zeitungen, Broschüren handeln.

Eine der einprägsamsten Erscheinungen ist aber jedenfalls der „Mann auf Man", wie der Berliner ihn genannt hat, ein richtiger Professor, der jüngste Sohn des Rektors der deutschen Turnerschaft Metz, Professor H. Richard Metz. Der stark gealterte 52jährige Herr steht in herabgekommener Kleidung, den Zwicker auf der Nase, an der Ecke der Potsdamer und Linkstraße und verkauft eine kleine Broschüre „Auf der Insel Man". Man sieht dem Bedauernswerten, der von dem Ertrage dieser seiner Schreibarbeit, die er selbst vertreiben muß, lebt, die schweren Erlebnisse an, die hinter ihm liegen.

Metz war, wie alle Deutschen in England, trotzdem er Jahrzehnte in und für England gewirkt, unter anderem sogar englische Prinzen erzogen und sich in selbstloser Weise in London sozial betätigt hatte, interniert worden, nachdem er sechs Monate Zuchthaus wegen Vernachlässigung der Meldepflicht abgesessen hatte. Was dieser Mann von seinem Leben hinter den Stacheldrähten der Internierungslager erzählt, ist eine einzige große Anklage gegen das Tier im Menschen. Wenn er seinem Groll gegen seine zweite Wahlheimat, die ihn so schlecht behandelt, Luft macht, so kommt ihm doch immer das Bewußtsein, daß er vor dem Kriege in England ein freies Dasein geführt, dem gegenüber ihm der Polizeistaat des vorrevolutionären Deutschland wie ein Käfig erscheint. Furchtbar aber ist das Bild, das dieser gewiß urteilsfähige Mensch von der bodenlosen Verderbtheit der Sitten und Charaktere unter den eigenen Landsleuten und Mitinternierten entwirft. Gewiß waren diese Menschen alle in einer Zwangslage, aber es ist doch furchtbar zu sehen, wie sie sich, statt sich gegenseitig zu helfen, das Leben noch schwerer gemacht haben. Erfreulicherweise fehlt es dieser Schilderungen auch nicht an Lichtpunkten und dem Bericht von hilfreichen Taten, so vor allem dem Hilfswerk der Quäker, die ja auch heute wieder sich als edle, wirklich christlich handelnde Menschenfreunde jenseits alles Rassen- und Nationalitätenhaders beweisen.

Professor Metz, um endlich aus der Internierung nach Deutschland zu kommen, griff zu einem extravagantem Mittel. Er stellte sich wahnsinnig. Als Geisteskranker hat er dann mehrere englische Irrenanstalten durchlaufen und noch einmal die ganze Gemeinheit angeblicher Krankenpfleger durchgekostet, bis er endlich nach siebenmonatiger Irrenanstaltshaft nach Deutschland abtransportiert wurde. Nun aber kommt der tragische Clou seiner Geschichte: man schleppte ihn in Deutschland gleichfalls durch drei Irrenhäuser, behandelte ihn, trotz seiner Proteste und Nachweise, weiterhin als Geisteskranken. Dies ließe sich noch verstehen, da es ja derartige Kranke gibt, die ständig behaupten, sie seien gesund, und deren Krankheit gerade in diesem Wahn, gesund zu sein besteht. Daß man aber der 53jährigen Mutter dieses schwer geprüften Mannes, der doch infolge des Krieges seine ganze Existenz verloren hat, noch die Kosten für die Behandlung aufzubürden versuchte, ist ein recht betrübliches Zeichen kurzsichtigster sozialer Fürsorge.

Der Erfolg ist, daß dieser Mann am Potsdamer Platz steht und seine Leidensgeschichte erzählt und gedruckt verkauft — ein ganz kleiner dunkler Fleck im Bilde Deutschlands, aber doch ein dunkler Fleck, der täglich Hunderttausenden von Passanten ins Auge fällt und manchen von ihnen zum Nachdenken über mancherlei betrübliche Dinge bringt.

Eine „Englisch-amerikanische Universitätsbibliothek".

Die „Not der deutschen Wissenschaft" beruht zum Teil auf der durch den Stand der deutschen Valuta verschuldeten Unmöglichkeit, die wissenschaftliche Literatur des Auslands für Deutschland zu beschaffen. Es besteht Aussicht, daß dieser Mangel in kurzer Zeit abgeholfen wird. Im Zusammenhang mit dem Hilfswerk, das die englische und amerikanische „Gesellschaft der Freunde" (Quäker) zurzeit in Deutschland und Deutschösterreich durchführt, hat sich in London ein Ausschuß gebildet, dessen Vertretung Herr Headicar, der Bibliothekar der London School of Economics, eines Zweiges der Universität London, übernommen hat. Ein vorläufiger Entwurf sieht die Begründung einer „Englisch-amerikanischen Universitätsbibliothek für Zentraleuropa" vor. Geplant ist die Errichtung einer oder mehrerer Zentralstellen in Deutschland, die alle englischen und amerikanischen wissenschaftlichen Publikationen den deutschen Hochschulen leihweise zur Verfügung stellen. Der Altertumsforscher Professor Everett Stillings vom Middlebury College in Vermont (Vereinigte Staaten) hält sich zurzeit in Deutschland auf, um mit den Vertretern der deutschen Universitäten und Akademien anzuknüpfen. Aehnliche Aktionen aus anderen Ländern stehen in Aussicht. Auch die ausländische Presse beschäftigt sich lebhaft mit der Frage. So hat die „Neue Züricher Zeitung" kürzlich eine Umfrage über „Wissenschaftliche Hilfsaktionen" veranstaltet (Nr. 558 und 676), zu der sich u. a. Stutz (Berlin), Einstein (Berlin), Abderhalden (Halle), Garres (Bonn), Professor Schinz (Zürich) und Professor Lanz (Amsterdam) geäußert haben. In der Notwendigkeit wissenschaftlicher Hilfsaktionen gegenüber den den Zentralmächten auch auf geistigem Gebiet drohenden Hungerblockade stimmen alle überein. Die Gelehrten der neutralen Länder begründen diese Notwendigkeit nicht nur im Hinblick auf die deutsche Wissenschaft, sondern auf die gesamte Wissenschaft, da, wie Professor Lanz ausführt, „der Ausfall einzelner und so bedeutungsvoller Glieder die Schwächung des ganzen Organismus zur Folge haben muß."

Kunst und Wissenschaft in Halle.

Das Kunstgewerbe zu Rembrandts Zeiten. Vortrag von Dr. Wichmann, Leipzig. Victor Hugo sagt in seinem bekannten Roman „Notre Dame von Paris": „Jegliche Zivilisation beginnt mit Theokratie und endet mit Demokratie". Wie wahr die Worte dieses großen Franzosen sind, bewies am Freitag der Vortrag Dr. Wichmanns in der Kunstgewerbeschule. Der Vortragende zeigte an Hand zahlreicher guter Lichtbilder, wie durch die Kleidung die kulturelle Stimmung einer Zeit erkannt werden kann. Bei den Niederländern zur Zeit Rembrandts, war die spanische Tracht die vorherrschende. Wir sahen die steifen Halskrausen, die riesigen Manschetten und das spanisch geschnittene Kleid. Im Süden Hollands beginnt man zuerst einen eigenen Ton in die Tracht zu bringen. Hier verliert die Halskrause ihre Steifheit, die Manschette ihre Größe. Die Weste, an der bisher Aermel saßen, gibt diese an den Ueberrock ab. In der weiteren Entwicklung wird die Tracht immer einfacher. Die Halskrause wird zum schlichten weißen Kragen und die übrige Kleidung ist schwarz, ohne jeden Schmuck. Der geistliche Zug ist unverkennbar. Die folgenden Bilder zeigten nun die zunehmende Demokratisierung. Bald tauchen wieder Schleifen auf, bei der Wahl des Stoffes gab man nicht mehr dem strengen Schwarz den Vorzug, und farbige Strümpfe in Schnallenschuhen waren bald keine Seltenheit mehr. Am Schluß seiner Ausführungen zeigte der Redner Bilder von Spitzen, deren Kostbarkeit unerreicht dasteht. Bilder von Goldschmiedearbeiten und den Waffen auf Rembrandts Gemälden geben Zeugnis, daß auch hier das Kunstgewerbe durchaus auf der Höhe stand. R.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200504012/fragment/page=0002

steigendem Maße zuteil geworden ist, eine immer größere Bedeutung gewonnen. In Preußen, insbesondere durch die Ministerialverordnung vom 18. März, die den Gemeinden die Einrichtung von Berufsämtern zur Pflicht macht. Durch die Magistratsbeschlüsse vom 11. Oktober 1918 und 30. April 1919 ist die Berufsberatung dem städtischen Arbeitsamt übertragen. Die Stadtverordneten-Versammlung hat im Etat für das städtische Arbeitsamt für 1919 die Stelle eines Berufsberaters und einer Berufsberaterin nebst zwei Hilfskräften bewilligt.

Praktische Erfahrung und publizistische Behandlung der Berufsberatungsfrage haben gezeigt, daß eine Berufsberatung, die nicht nur die ertastisch arbeiten, sondern alle in Frage kommenden Faktoren berücksichtigen will, die experimentell-psychologische Eignungsprüfung nicht außer Acht lassen darf und die Forschungsresultate, die auf diesem Gebiete gemacht sind und dauernd gemacht werden, für sich ausnutzen muß. In Fachkreisen ist man sich seit langem darüber einig, daß eine gute Berufsberatung ohne experimentell-psychologische Prüfungen nicht denkbar ist. Aus diesem Grunde hat der letzte Kongreß der Gewerkschaften in Nürnberg die experimentell-psychologischen Eignungsprüfungen allgemein obligatorisch für Berufsanwärter gefordert.

Im deutschen Reiche gibt es bereits im Anschluß an Universitäts-Kliniken einige Institute für experimentell-psychologische Eignungsprüfungen, die teilweise hervorgegangen sind aus Einrichtungen, die die Militärverwaltung während des Krieges für ihre Bedürfnisse get osten hatte. Es gibt auch eine de ondere Zeitschrift, die sich ausschließlich mit Forschungen in dieser Richtung be chäftigt. In Halle ist im Anschluß an die Landesfürsorgeanstalt Nietleben ein derartiges Institut, Provinzial-Institut für praktische Psychologie, entstanden, das in der modernsten Weise eingerichtet ist. Das Institut steht unter Leitung des Herrn Prof. Dr. Pfeiffer, dem Dr. Giese und Dr. v. Rhoden zur Seite stehen.

Entsprechend der allgemeinen Entwicklung hat sich bei der Berufsberatung des städtischen Arbeitsamtes das unabweisbare Bedürfnis nach Vornahme experimentell-psychologischer Prüfungen herausgestellt. In solchen Städten, wo ein besonderes Institut für praktische Psychologie nicht vorhanden ist, sind die Berufsämter genungen, sich selber ein derartiges Institut unter Aufwendung hoher Kosten zu schaffen. In Halle ist die Möglichkeit gegeben, das bereits bestehende Institut für die Zwecke der Berufsberatung zu benutzen. Das Provinzial-Institut verlangt zurzeit für ein Gutachten 20 Mark. In der Annahme, daß zunächst 300 Kinder jährlich für die Untersuchung in Frage kommen, würde ein Geldzuschuß von 6000 Mk. an das Provinzial-Institut erforderlich sein. In Beispredungen, die das städtische Arbeitsamt mit dem Provinzial-Institut geführt hat, hat es sich mit 5000 Mk. für zufriedengestellt erklärt. Da das Arbeitsamt seit vier Jahren in engster Zusammenarbeit mit der Schule Berufsberatung betreibt, wäre Gewähr dafür gegeben, daß alle die Kinder dem Institut zugeführt werden, bei denen eine Prüfung sich als notwendig erweist.

Die Versammlung genehmigt den Antrag.

Die Punkte 11 und 12 betreffen die

Erhöhung der Gas- und Wasserpreise.

Die Stvv. Weschke (fraktionslos) und Borges (Neutr. dem.) berichten darüber. Die Gaspreise sollen von 80 Pfg. auf 1,20 Mk., die Wasserpreise von 45 Pfg. auf 80 Pfg. je Kubikmeter erhöht werden. (Mit Rücksicht auf unsere ausführlichen Berichte in der vergangenen Woche brauchen wir hier auf die Vorlagen nicht näher einzugehen.)

Stv. Balke (Deutschdem.): Wir müssen uns mal klar machen, was eine Wasserpreiserhöhung pun 45 auf 80 Pfg. bedeutet. Früher zahlten wir etwa 15 Pfg. Wasserzins. Für die von mir geleitete Baugenossenschaft mit etwa 600 Wohnungen beträgt der Bedarf 14 000 Kubikmeter, d. h. 70 Kubikmeter für die Familie im Jahr. Es ist allerdings Bad vorhanden. 56 Mk. ist da der Preis für das Wasser je Wohnung. Bis jetzt kamen wir bei einer Wohnungsmiete von 360 bis 400 Mk. mit 4 Prozent aus, denn der Wasserverbrauch erforderte nur 12 bis 16 Mk. je Wohnung. Künftig müssen wir 40 bis 44 Mk mehr aufbringen. Das gleicht einem Mietzuschlag von 11 bis 15 Prozent für die Wohnungen. Das ist ganz kolossal und rückt uns den Ernst der Sache vor Augen. Mit den Preiserhöhungen kann es nicht lange mehr so fortgehen.

Die Versammlung stimmt den beantragten Erhöhungen zu.

13. Zur Erweiterung des Betriebes in den Lehrwerkstätten der Handwerker- und Kunstgewerbeschule werden bis zu 130 000 Mark zur Verfügung gestellt. Das Nähere über die Vorlage haben wir bereits mitgeteilt. (Ref. Stv. Minner (Deutschdem.).

14. Gegen die Uebernahme von Grabspflege wird ein Legat von 5000 Mk. angenommen. (Ref. Stv. Dürrfeld (Mehrheitslos.).

15. Der Witwe des Hilfsmaschinisten Beinecke wird ein erhöhtes Witwengeld von jährlich 789 Mk. zugebilligt.

16. Zur Ausbesserung der Dächer der Thalialäle wird man 3000 Mk. aus. (Ref. Stvv. Lehmann (Deutschdem) und Weschke (fraktionslos).

17. Die beiden Predigerhäuser von St. Moritz sind stark reparaturbedürftig. Die Stadt, als Patronin, hat die Unterhaltungspflicht. Man bewilligt 21 000 Mk. (Ref. Stvv. Volbracht (Mehrheitslos.) und Busse (Deutschnat.).

18. Im Kellergeschoß der Forst- und Weingärtnerschule soll mit einem Kostenaufwand von 4800 Mk. je eine Notwohnung errichtet werden. (Ref. Stvv. Brömme (Unabh.) und Steinbrück (Deutschdem.).

19. Die vielen Bergabhänge im Norden der Stadt sind alle bebaut oder bewachen bis auf den Schlippenberg an der Friedenstraße, der kahl und verödet liegt. Der Ankauf scheiterte bisher an den zu hohen Forderungen der einzelnen Eigentümer. Jetzt ist Gelegenheit, 5249 Quadratmeter Flächeninhalt für 13 Mark je Quadratmeter zu erwerben. Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Stv. Brömme (Unabh.).

20. Der Kredit für die Einrichtung von drei Notwohnungen in der Hauptfeuerwache wird um 3000 Mk. verstärkt.

21. Der Kredit für Ersatz von Einfriedigungen, Anschlagtafeln, Warnungstafeln usw. um 5000 Mk.

22. Für Unterhaltung der Heizungsanlagen im Rathaus, Stadthaus usw. bewilligte man 2500 Mk. nach. 23. Für Unterhaltung der Maschinen usw. in der Handwerkerschule gleichfalls 2500 Mk.

24. Die Fluchtlinien für das Siedlungsgelände südlich der verlängerten Arthur-Hertzstraße werden auf Einspruch des gemeinnützigen Bauvereins Gartenstadt Halle geändert.

25. Die Eckverbreckungen für die Grundstücke Magdeburger Straße 30 und 31 werden aufgehoben, da die Eigentümerin zu hohe Forderungen stellte.

26. Die Erhöhung der Badepreise im Stadtbad findet die Zustimmung der Versammlung. Das Nähere über die Höhe der Preissteigerungen ist von uns bereits mitgeteilt. (Ref. Stv. Ritter (Deutschdem.).

Punkt 27. Eingabe der Arbeitersamariterkolonne um Bewilligung eines Zuschusses, ist noch nicht vorberaten.

28 Das Gesuch des Architekten Max Kemper um Nachzahlung einer Teuerungszulage, wi d abgelehnt. 29. Das Gesuch des Buchhalters Michael um Bewilligung eines Rabattengrabes wird für erledigt erklärt, da der Magistrat dem Wunsche schon entsprochen hat.

30. Die Eingabe des Herrn Wilhelm Panse um Nachprüfung und Abhilfe der Zustände beim städtischen Wohnungsamt beantragt der Referent, Stv. Gerig (Mehrheitslos.), namens des Petitionsausschusses abzulehnen. Panse arbeitete auf den Leunawerken. Bei der außerordentlichen

Wohnungsnot

in Halle könne man ihm, obwohl er Hallenser sei, jetzt, wo er sich verheiraten wolle, keine Familienwohnung zuweisen.

Stv. Bowitzki (Unabh.): Ich erhebe gegen das Wohnungsamt keinen Vorwurf. Aber die Grundsätze, nach denen es arbeitet, sind falsch. Der Mann hat sich auswärts Arbeit besorgt; damit hat er eine vaterländische Pflicht erfüllt. Da darf man ihn doch jetzt nicht strafen, indem man ihn von der Liste der Wohnungssuchenden streicht. Wer von auswärts zuzieht, hat kein Recht auf eine Wohnung in Halle, wer aber hier ansässig ist, bei seinen Eltern wohnt und nun heiraten will, der muß auch wenn er auswärts arbeitet, eine Wohnung bekommen. Für Flüchtlinge werden doch auch Wohnungen geschaffen. Wir müssen die Kasernen freimachen die Garnison die kleiner geworden ist, kann in den Flughallen untergebracht werden. Dann sind die Kasernen für die Flüchtlinge frei. Ich habe auch den Eindruck, daß man bei der Beschaffung von Wohnungen nicht scharf genug zugreift. Das Predigerhaus in St. Ulrich steht seit einem Jahre leer; sechs Arbeiterfamilien könnte man da unterbringen. Auch gibt es eine Menge große Villen, wo nur eine vierköpfige Familie drin wohnt. Ich muß sagen, der Petitionsausschuß hat wenig Interesse für Verstärkung bei der Behandlung der Panseschen Eingabe gezeigt. Man kann doch nicht Familien, die in Halle ansässig sind hinausdrängen wollen, weil der Ernährer auswärts arbeitet.

Stadtrat Fischer: Wir drängen keine Familien aus Halle heraus. Auch den Herrn Panse nicht. Aber wir können nicht für die Hunderte von Arbeitern aus den

Leunawerken

in Halle Wohnung schaffen, wenn nicht die Leunawerke endlich selbst ihre Pflicht erfüllen. Die Flüchtlinge nehmen wir nur solange in Halle auf als es dringend nötig ist. Anders ist es natürlich mit den Beamten, die hierher versetzt werden. Die Sache mit den Kasernen ist ein trauriges Kapitel. Wir haben uns wiederholt darum bemüht, aber die Kasernen sind tatsächlich voll belegt. Cobausen jedoch nicht mehr wie früher 20 bis 30 Soldaten in einer Stube, sondern nur noch 8 bis 16. Die Leute würden einen anderen Zustand nicht mehr ertragen. Eine ganze Anzahl verheirateter Unteroffiziere kann nicht einmal in den Kasernen untergebracht werden. Die Baracken auf dem Flugplatz hat die grüne Polizei belegt. Die Hallen möchten wir sehr gern haben, aber sie stecken voll von wertvollem Material, das der Entente zufällt. Wir werden die Hallen wohl überhaupt nicht bekommen, denn nach dem Friedensvertrag verfügt die Entente darüber. Sie wird die Hallen abbrechen und uns höchstens das leere Mauerwerk lassen. Was das Predigerhaus von St. Ulrich anlangt, ist machte bisher die Kirche den Einwand der hohen Renovationskosten. Jetzt wohnt übrigens im Oberstock bereits wieder ein Geistlicher und im Erdgeschoß werden wir eine Wohnung einrichten. Auch die Sache mit den Villen liegt anders. Sie haben Zentralheizung und an der Heizungsfrage, an dem Kohlenmangel, scheiterte im Winter die Belegung. Die Villenbesitzer haben für sich vielleicht zwei, drei Zimmer durch Einstellung von Oefen heizbar gemacht, für die anderen Räume ließen sich Oefen nicht beschaffen, da man die Schornsteinfrage nicht lösen konnte. Es wird dauernd nachgeprüft und recherchiert. Wir hoffen, zum Winter auch die Heizungsfrage gelöst zu haben.

Die Wohnungsnot ist eine furchtbare Sache. Wahrscheinlich erhalten wir schon in nächster Zeit gesetzliche Anweisungen, die darauf hinauslaufen, daß noch viel schärfer, noch rücksichtsloser zugegriffen wird. Ich möchte jetzt schon darauf aufmerksam, damit die Besitzer großer Wohnungen Räume frei geben. Anderer werden sie es müssen, und da bereitet ihnen vielleicht die zwangsweise Abgabe noch mehr Verdruß.

Frl. Stv. Lange (Deutschdem.): Arbeiter des Leunawerkes haben hier in Halle etwa 800 bis 900 Wohnungen; diese Leute wollen wir nicht hinaustreiben. Aber es werden aus Ludwigshafen, dem Stammwerk der Gesellschaft, fitter Beamte und Arbeiter hierher versetzt, und da verlangt man dann, daß das Wohnungsamt ihnen Wohnungen gibt. Neuen Haushalten von Leuten, die auswärts beschäftigt sind, können wir bei der gräßlichen Wohnungsnot keine Wohnungen geben. Viel eher haben die Leute, die in Halle arbeiten, aber in der Umgegend wohnen, ein Recht auf eine Wohnung. An sozialem Verständnis und sozialem Gefühl lasse ich nicht auch von Herrn Bowitzki nicht übertreffen; aber wir können doch nicht mehr leisten, als menschenmöglich ist. Wir haben doch keine Wohnungen. Die Leunawerke müssen selbst für ihre Leute Wohnungen schaffen. Seit einem halben Jahre laden wir im Schriftwechsel mit den Leunawerken, damit sie uns wenigstens bei der Geldbeschaffung für Kleinwohnungen beisteben, sie müssen doch mindestens eine Million zur Verfügung stellen. Auch andere Berufe und Stände bekommen keine Wohnung, wenn die Wohnungsuchenden nicht in Halle arbeiten. Für Beamte, die in Merseburg arbeiten, haben sich schon der Regierungspräsident und der Minister für Volkswohlfahrt um Wohnungen in Halle bemüht; wir haben das einfach abgelehnt. Um nur ein Beispiel zu nennen: auch der bekannte Major Erdmann, der jahrelang in Halle als Kompagnieführer gewohnt hat, gegenwärtig aber bei der Regierung in Merseburg beschäftigt ist, kriegt in Halle von uns keine Wohnung zugewiesen.

Stv. Hildebrand (Unabh.): Die Kasernen macht man nicht frei, weil es sich um die Reichswehr handelt. Die Reichswehr ist das verhätschelte Schoßkind des Bürgertums, die Reichswehrsoldaten müssen natürlich als Säuglinge viel geräumiger wohnen als unsere früheren Soldaten. Die Reichswehr hat ja auch keinen Bürgerlichen totgeschossen; darum finden es die Bürgerlichen recht, wenn diese Säuglinge auf Kosten der Arbeiter recht bequem wohnen. Die Flugzeughallen kann man für die Soldaten freimachen, indem man das Material einfach rausstellt. Den Villeninhabern ist durch die rn Stadtrat Fischers Rede jetzt ein Fingerzeig gegeben, wie sie sich um ihre Pflicht drücken können.

Stadtrat Fischer: Ich betone nochmals, es werden keine Familien, die in Halle wohnen, hinausgedrängt. Wenn wir durch den Fall Panse auf die Leunawerke eine Pression auszuüben suchen, um sie zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten, so sollte man das unterstützen. Mit dem Militär habe ich sehr energisch verhandelt, aber es ist da nichts zu machen. Früher fanden es die Unabhängigen, und zwar mit Recht, für menschenunwürdig, daß 20 bis 30 Mann in einer Stube untergebracht waren, jetzt wo es sich um die Reichswehr handelt, denkt Herr Hildebrand anders. Wir können das wertvolle Material in den Flughallen nicht herausnehmen und verderben lassen, denn dann muß Deutschland, das doch wahrhaftig schon genug blutet das Zehn- und Zwanzigfache als Schadenersatz leisten. Herr Hildebrand unterstellt mir ohne jeden Grund, daß ich den Villenbesitzern Fingerzeige gegeben habe, wie sie sich um ihre Pflicht drücken können. Im Gegenteil, ich habe sie gewarnt und ermahnt, Räume frei zu machen.

Stv. Balke (Deutschdem.): Die Arbeitgeber haben die Pflicht, ihren Leuten Wohnungen zu schaffen und dieser Pflicht entzieht sich das Leunawerk. Die Gesellschaft ist es uns schuldig, daß sie mindestens eine Million Beitrag leistet zur Schaffung von Wohnungsgelegenheiten in Halle. Wir wollen ja nächstens wieder zwei Millionen aufwenden, um hundert Wohnungen zu errichten. Da mag die Gesellschaft beisteuern.

Stv. Bowitzki: Der Staat schafft doch auch keine Wohnungen und trotzdem bekommen die Beamten, die bisher versetzt werden, Wohnungen.

Stadtrat Fischer: Die Eisenbahn und die Post haben eine lose Zunge. Der Staat tut sehr viel, um den Beamten Wohnungen zu schaffen.

Die Eingabe wird abgelehnt.

31 Das Gesuch der mittleren technischen Beamten um Regelung ihrer Amtsbezeichnung, Schaffung gehobener technischer Stellen für mittlere technische Beamte und Regelung ihres Pensionseinkommens wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Wir essen dann Einiges im Abendlokale nach.

Punkt 32 fällt aus.

Punkt 33 betrifft den Antrag der Deutschnationalen, der Magistrat wird ersucht, Vorschläge zu Einsichtnahmen zu machen, durch welche die der Allgemeinheit schädlichen Folgen eines Streiks der Angestellten der städtischen Unternehmungen, in erster Linie der Straßenbahn und des Gaswerks beseitigt oder wenigstens auf ein erträgliches Maß eingeschränkt werden.

Stv. Schrader (Deutschnat.) berichtet, daß der Verkehrsausschuß, der die Sache vorberaten habe, auf dem Standpunkt stehe es lassen sich nur auf dem Wege von Verhandlungen solche Schäden wie die Allgemeinheit eindämmen. Der Ausschuß habe den Antrag abgelehnt.

Dem schließt sich debattelos die Versammlung an.

34 Ueber das Gesuch des Vereins der Schornsteger betreffend Abhaltung des Ostermarktes, berichtet namens des Verkehrsausschusses Stv. Reinmann (Deutschdem.): Die Eingabe sei zwar sympathisch gehalten, aber die Vertreter, die dem Markt bisher ihre Interessen haben, rechtfertige es, wenn das Kollegium sich mit der Sache beschäftige. Die Antragsteller möchten auch für die Zukunft

die Jahrmärkte

gesichert zu sehen. Sie beklagen es, daß der Magistrat oder die Polizei bisher zur Sache eine in weite freundliche Haltung eingenommen, in geschwächte die Jahrmärkte in intensiven verdorben haben. Das sei eine Schädigung nicht nur der Marktinteressenten, sondern des wirtschaftlichen Lebens unserer Stadt selbst. Der Magistratsbeschluß, daß schon in diesem Herbst ein erweiterter Jahrmarkt stattfinden solle. Der Magistrat hat bereits bei der Garnisonverwaltung Schritte getan, um sich für den Jahrmarkt den Exerzierplatz hinter der Kaserne an der Dessauer Straße zu reservieren und er hat weiter die Landespolizeiverwaltung gebeten, Polizeistunden, die dem Markt eine Abschränkung östlicher Speisewirtschaften, die allerdings bereits durch Polizeistunden beschränkt sind, zu verfügen. Der Verkehrsausschuß schlägt infolgedessen vor, die Eingabe dem Magistrat als Material zu überweisen, mit dem Ersuchen, die künftige Abhaltung der Jahrmärkte sicherzustellen. — Die Versammlung stimmt zu.

Punkt 35 betrifft den Antrag der Kraftdroschken, der Magistrat wird ersucht, in Etwas eine Vorlage zu unterbreiten, welche den gesamten städtischen Autoverkehr in die Verwaltung eines besonderen städtischen Amtes überführt. Der Antrag, den Stv. Günther begründet, wird angenommen. Auf Einzelheiten kommen wir im Abendblatt zurück.

Außerhalb der Tagesordnung genehmigte die Versammlung, daß von der Mittelmeerreise acht Kaiserbirnen die siebenteure Gaslaterne usw. für 27 000 Mk. gekauft werden.

(Ref. Stv. Volbracht (Mehrheitslos.)

Provinzial-Nachrichten.

+ **Aus der Altmark.** 2. Mai. (Eingesandt.) Das Disziplinarverfahren.) Aus Anlaß des Tannenritches war gegen den Landrat von Jagow in Osterburg auf seinen Antrag, da er sich anders der fortwährenden Beschuldigungen der Einstadialen nicht erwehren konnte, ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Jetzt hat Staatskommissar Boelmann in Magdeburg dem Landrat den Bescheid erteilt, daß die eingehende Untersuchung alle Beschuldigungen als hinfällig erwiesen habe. Der Staatskommissar bittet den Landrat, sein Amt weiterzuschalten.

— **Varen**, 29. April. (Auf der Elbe) wurden in einer der letzten Nächte ein Motorboot und zwei Fährkähne gestohlen. Mit Hilfe ein s Motorbootes des Reichswasserschutzes Tangermünde konnte die Verfolgung der Diebe bald aufgenommen und ihnen die Beute abgejagt werden. Den Tätern gelang es leider, landeinwärts zu flüchten.

○ **Meiningen**, 30. April. (Infolge der ungeheuren Einnahmen) die die Gemeindekassen der unterfränkischen Rhondörfer Kaltenlheim und Geismarks aus den Holzerlösen ihrer ausgedehnten Gemeindewaldungen haben, erhält in dies m Jahre ein jeder Einwohner bei völliger Steuerfreiheit von Gemeindeabgaben und neben pällig freiem Bezug des gesamten Brennholzes noch eine besondere Barvergütung aus der Gemeindekasse, die in Kaltenlheim 00 Mark und in Geismark 3 000 Mark beträgt.

Dresden, 1. Mai. (Selbstmord eines zehnjährigen Mädchens.) An Blasewitz beging ein zehnjähriges Mädchen unter eigenartigen Umständen Selbstmord. Das Kind sollte gezüchtigt werden, drohte aber, das es lieber in den Tod gehe, als sich strafen lasse. Sprach's und lief in die Kammer, wo der geladene Revolver des Vaters lag der der Einwohnerwehr angehört, und schoß sich, nachdem es sich völlig entkleidet hatte, eine Kugel in die Brust, die den Tod unmittelbar herbeiführte.

Schmalkalden, 3. Mai. (Aufklärung eines Geldschrankdiebstahls.) Der im August v. J. zum Nachteil der Bankfirma Wachenfeld & Gumprich ausgeführte große Geldschrankdiebstahl hat sich jetzt aufklären lassen. Es war damals eine Summe von 100 000 Mark Bargeld auf dem Transport von Schmalkalden nach Zella-Mehlis durch ein der Größe nach gleiches Paket, das etwa 10 Pfund Speck enthielt, vertauscht worden. Jetzt hat sich ermitteln lassen, daß der damalige Kassenbote der Filiale Zella-Mehlis des genannten Bankhauses mit Unterstützung von zwei Helfershelfern den Diebstahl ausgeführt hat. Die Täter haben ein umfassendes Geständnis abgelegt und sind verhaftet. Ein Teil des Geldes ist bereits wieder zur Stelle geschafft.

Vermischtes.

Wer wird aus Bayreuth? Siegfried Wagner sagte laut „Hamb. Nacht." in einer Unterredung, selbst wenn man unter den heutigen Verhältnissen überhaupt Festspiele in Bayreuth veranstalten könnte, würde der Platz 300 Mk. kosten müssen; für Kriegs- und Revolutionsgewinnler aber werde Bayreuth nicht spielen.

Schreckliches Eisenbahnunglück in Indien. Aus Simla in Indien kommt die Meldung, daß sich auf der Station Moradabad ein schreckliches Eisenbahnunglück ereignet hat, indem ein Personenzug in einen auf dem Bahnhof stehenden Güterzug mit voller Wucht hineinfuhr. Der Zusammenstoß war so fürchterlich, daß man bis jetzt 150 Tote und 57 Verwundete gezählt hat. Alle zu Schaden Gekommenen waren geborene Inder.

Wiederzulassung geschlossener Briefe nach Ungarn. Nach Ungarn sind fortan gewöhnliche und eingeschriebene Briefe wieder geschlossen zugelassen. Die Einfuhr ungestempelter österreichisch-ungarischer Banknoten ist verboten und wird in Ungarn schwer bestraft.

Kalbederblüte. Professor: Wenn ich z. B. — wie es oft geschieht — einen Wechsel fälsche . . .

Sport der „Saale-Zeitung".

Fußball in Halle.

Die gestrigen Ligaspiele in Halle brachten den Hallensern überall Erfolge. Wenn auch der Torunterschied in beiden Spielen ein recht knapper gewesen ist, so waren es immerhin Siege.

Die größte Anziehungskraft hatte naturgemäß die Begegnung zwischen Halle 96 und Minerva Berlin. Nach der empfindlichen Niederlage gegen Preußen Berlin raufte sich Halle gestern wieder heraus. Allerdings, Minerva leistete nicht das, was wir von Preußen gesehen haben. Der Ersatz war ziemlich mäßig und fiel auch nach der Pause tüchtig ab. Wenn Halle schließlich nicht höher gewann, so lag dies einerseits an dem Sturme, der zu genau schoß, zum anderen hatte aber Berlin in Weber einen glänzenden Torwart, der recht geschickt sein Heiligtum zu verteidigen wußte und manche torsichere Sache zunichte machte. Berlin spielte anfangs mit Wind und lag daher leicht im Angriff. Nach einem Abseitstor kurz nach Beginn folgte nach einer Viertelstunde das erste reelle Tor. Aber noch vor dem Wechseln brachte ein Eifer den V. f. L. Stern den Ausgleich. Nach der Pause stand das Spiel fast ausschließlich im Zeichen der 96er, die aber erst in den letzten 10 Minuten durch Zschenker den Sieg erringen konnten. Vor dem Spiele trafen sich die Cigarrefirma und Pfeil I Leipzig. Hier war Leipzig die glücklichere Mannschaft und konnte mit einem 3:1-Sieg das Spielfeld verlassen. Beim Wechseln führten die Leipziger schon 2:1.

Ein ebenfalls interessantes Spiel gab es auf dem Kometplatz zwischen Sportverein 98 und Naumburg 05. Die Gäste bewiesen, daß ihre letzten Resultate keine Zufallsergebnisse waren. Sie zeigten zeitweise ein ganz annehmbares Spiel, wenn auch die technische Ueberlegenheit Halles niemals zu verkennen war. In der ersten Spielhälfte schoß Halle zwei Tore. Nachdem Naumburg nach dem Wechseln einen Erfolg aufgeholt hatte, antwortete 98 sofort mit Nr. 3. Gegen Schluß lag 05 etwas im Angriff und konnte auch noch ein zweites Tor herausholen. 05 hatte vor allem in ihrem Torwart eine glänzende Stütze, der die unglaublichsten Sachen hielt.

*

Sportverein 98. Liga-Reserve—V. f. L.-Merseburg, Liga-Reserve: 6:0; Sportverein III—V. f. L.-Merseburg III: 3:0; Sportverein IV—Preußen-Halle III: 6:2; Sportverein I, Jugend gegen V. f. L. I, Jugend: 2:2; Sportverein II, Jugend—V. f. L. II, Jugend: 2:7; Sportverein I, Schüler—Sportfreunde I, Schüler: 4:1; Sportverein, Alte Herren—Sportfreunde, Alte Herren: 3:0. — Sportverein 98: Dienstag, den 4. Mai, abends 7 Uhr, Sitzung des Vorstandes, des Spielausschusses, der Platz- und der Finanz-Kommission im Landhaus.

Tödlicher Sturz auf der Radrennbahn.

Bei dem vom Motorradklub Berlin auf der Olympiabahn zu Treptow am Sonntag veranstalteten Motorrad-Rennen kam der Düsseldorfer Fahrer Birkhan durch eine auf der Brüstung liegende Damenboa zu Fall. Mehrere ihm folgende Fahrer stürzten über ihn. Birkhan wurde getötet, die übrigen nur leichter verletzt. Auch aus den Zuschauern wurden ein älterer Mann und zwei Knaben durch den Anprall der Maschine gegen die Brüstung lebensgefährlich am Kopfe verletzt.

Hallischer Schwimmverein von 1902. Dienstag, den 4. Mai, 7 bis 9 Uhr, Uebungsabend im Stadtbad. Im Anschluß Mitgliederversammlung im St. Nikolaus. Wegen der Beteiligung am Sternlauf. Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.

Die Rennen am Sonntag.

Berlin-Grunewald.

I. Eröffnungs-Rennen (16 000 Mark, 1600 Meter): 1. Warderfalke, 2. Hallunke, 3. Leuchtturm. Tot.: Sieg 94, Platz 24, 16. 19:10. 8 liefen.

II. Sperber-Rennen (12 000 Mark, [illegible]00 Meter): 1. Glimmer, 2. Bärbele, 3. Hourka. Tot.: Sieg 13, Platz 12, 88, 16:10. 13 liefen.

III. Flageolet-Rennen (22 000 Mark, 1600 Meter): 1. Herold, 2. Wallenstein, 3. Puschkin. Tot.: Sieg 30, Platz 15, 15, 29:10. 14 liefen.

IV. Preis von Buchof (16 000 Mark, 1200 Meter): 1. Romanze, 2. Erwer, 3. Augustenburg. Tot.: Sieg 31, Platz 13, 28, 22:10. 15 liefen.

V. Hopfgartener Ausgleich (27 000 Mark, 1600 Meter): 1. Banco 2. Taurus, 3. Henricus. Tot.: Sieg 201, Platz 57, 24, 67:10. 13 liefen.

VI. Zuder-Ausgleich (10 000 Mark, 2000 Meter): 1. Florett, 2. Berliner, 3. Argesul. Tot.: Sieg 84, Platz 40, 18, 35:10. 13 liefen.

VII. Ausmärker-Rennen (12 000 Mark, 1800 Meter): 1. Pirat II, 2. Annemone, 3. Retter. Tot.: Sieg 92, Platz 28, 15, 38:10. 17 liefen.

Cresfeld.

I. Glückauf-Rennen (10 000 Mark, 1400 Meter): 1. Tschamalan, 2. Ladislaus, 3. Wasserratte. Tot.: Sieg 48, Platz 11, 13, 14:10. 8 liefen.

II. Hehenbaum-Jagdrennen (12 000 Mark, 3200 Meter): 1. Atlantic, 2. Holda, 3. Landsknecht. Tot.: Sieg 62, Platz 20, 36, 13:10. 8 liefen.

III. Preis von Berberg (14 000 Mark, 1400 Meter): 1. Wartenburg, 2. Lodsinde, 3. Blumengala. Tot: Sieg 16, Platz 15, 26:10. 6 liefen.

IV. Stadtwald-Jagdrennen (12 000 Mark, 3500 Meter): 1. Lucretia, 2. Canopus Glanz, 3. Siegfinde. Tot.: Sieg 17, Platz 17, 41:10. 6 liefen.

V. Preis von Niederrhein (23 000 Mark, 1600 Meter): 1. Maas, 2. Mottenstein, 3. Turban. Tot.: Sieg 17, Platz 11, 13, 11:10. 7 liefen.

VI. Haus Hütten-Jagdrennen (12 000 Mark, 3600 Meter): 1. Camelot, 2. Pankgrafen, 3. Fliegender Aar. Tot.: Sieg 58, Platz 17, 16, 15:10. 7 liefen.

VII. Crabauer Ausgleich (15 000 Mark, 2000 Meter): 1. Kirchbach, 2. Cassierer, 3. Atlas. Tot.: Sieg 31, Platz 17, 30, 24:10. 9 liefen.

Rennen zu Grunewald.

1. Prolog-Rennen. 12 000 Mk. 1600 Mtr. 1. Chalzit, 2. Orla, 3. Tarlatan. Tot. Sieg 25, Platz 17, 24. 60:10. 10 liefen.

2. Engadin-Ausgleich. 12 000 Mk. 1800 Mtr. 1. Parther, 2. Funkspruch, 3. Aladar. Tot. Sieg 132, Platz 33, 47, 21:10. 13 liefen.

3. Konsul-Rennen. 12 000 Mk. 1200 Mtr. 1. Quans, 2. Friedenssonnen, 3. Fröhlich. Tot. Sieg 20, Platz 13, 19, 191:10. 8 liefen.

4. Pulcherrima-Rennen. 22 000 Mk. 1600 Mtr. 1. Prämie, 2. Moena, 3. Faida. Tot. Sieg 15, Platz 12, 22 15:10. 9 liefen.

5. Frühlings-Rennen. 27 000 Mk. 1200 Mtr. 1. Starabae, 2. Magier, 3. Wallenbrecher. Tot. Sieg 2[illegible] Platz 13, 15, 12:10. 8 liefen.

6. Potrimpos-Ausgleich. 16 000 Mk. 1400 Mtr. 1. Springer, 2. Meinhard, 3. Biham. Tot. Sieg 75, Platz 18, 16, 21:10. 10 liefen.

7. Preis der Nachtigall. 22 000 Mk. 2000 Mtr. 1. Einsiedler, 2. Lorbeer, 3. Abschluß. Tot. Sieg 19, Platz 11, 13, 11:10. 7 liefen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Adler Kaliwerke A.-G. in Oberröblingen am See.

Die Generalversammlung, welche in Düsseldorf stattfand, setzte die Dividende auf 20 Prozent für die Stammaktien und auf 6 Prozent für die Vorzugsaktien fest. Die Verwaltung nahm Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der erzielte Gewinn nicht aus dem Inlandsgeschäft, sondern aus den bei der Ausfuhr erzielten Ueberschüssen herrühre. Es handele sich also um Gewinne, welche auf Kosten der allgemeinen wirtschaftlichen Lage erzielt worden seien. Die Aussichten für die Kaliindustrie seien mit Rücksicht auf den Wettbewerb und das Bestreben des Auslandes, Ersatzstoffe zu schaffen, nicht besonders gute. Immerhin dürfe aber mit einer befriedigenden Absatzmöglichkeit angesichts des in der ganzen Welt bestehenden Bedarfes an Düngemitteln gerechnet werden. Bei diesen Verhältnissen müsse gerade die Kaliindustrie von Seiten der Behörden eine besondere vorsichtige Behandlung erfahren. Leider scheine das Gegenteil beliebt zu sein, denn wo sich nur irgendein Gewinn in der Kaliindustrie zeige, stürze sich alles darauf, um diese Gewinne der Allgemeinheit zuzuführen. Dabei sehe man auf der ganzen Linie einen außerordentlich schweren Kampf der Werksleitungen gegenüber den Forderungen der Arbeiter. Es werde immer schwieriger werden, das aus den Betrieben herausholen, was notwendig ist, um sich aufrecht zu erhalten. Bedauerlich sei es, daß die Kaliindustrie in der nächsten Zeit wieder als eine Art Versuchsobjekt dienen soll. Die maßgebenden Stellen sollten bedenken, daß der Bergbau Risiken in sich tragen und daß diesen Risiken auch entsprechende Gewinne gegenüberstehen müßten, wenn nicht das private Unternehmertum von dem Kalibergbau sich zurückziehen würde. Die private Initiative sei dem Staatsbetriebe deswegen auch vorzuziehen, weil sie sich mehr den Forderungen nach fortschreitender Entwicklung anzupassen vermöge, als dies bei den staatlich geleiteten Unternehmungen der Fall sein könne. Gerade die chemische Industrie habe während des Krieges auch später in der Zeit der Uebergangswirtschaft in ihren Erfolgen den Wert des privaten Unternehmertums gezeigt. Je mehr sich die Forderungen der Arbeiter und anderer Kreise in der Richtung, möglichst viel aus der Kaliindustrie herauszuholen, steigern würden, um so größer sei die Gefahr, daß die Henne, welche die goldenen Eier legen soll, schließlich totgeschlagen würde.

Die Versammlung beschloß sodann zur Stärkung der Betriebsmittel das Aktienkapital zunächst um 2 Mill. Mark Stammaktien zu erhöhen. Die neuen Aktien mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1920 werden von einem Bankenkonsortium unter Führung des A. Schaafhausenschen Bankvereins in Köln zu 108 Prozent mit der Verpflichtung übernommen, sie den alten Aktionären im Verhältnis von 2:1 zum Bezuge anzubieten. Um der Gefahr einer Ueberfremdung vorzubeugen, wurde ferner die Ausgabe von 2 Mill. Mark Vorzugsaktien mit dreifachem Stimmrecht beschlossen. Diese werden dem A. Schaafhausenschen Bankverein zu 105 Prozent übergeben. Ferner wurde die Einziehung der alten Vorzugsaktien zum Kurse von 110 Prozent beschlossen. Zu diesem Zweck sind 2,2 Mill. Mark aus dem Jahresgewinn vorweggenommen.

In der Generalversammlung der Kaliwerke Adolfs Glück wurde beschlossen, den Kupon auf die Vorzugsaktien für die Jahre 1918/1919 mit je 6 Prozent einzulösen. Der Vorstand berichtete, daß auf Grund der Auffchlüsse und der hervorragenden Qualität der Salze demnächst eine endgültige Beteiligung im Syndikat in befriedigender Höhe erwartet werden könne.

In der Generalversammlung der Bergwerksgesellschaft Hercynia wurde zur Schaffung von Betriebsmitteln und zur Deckung von Bankschulden, die sich zurzeit auf 85 Mill. Mark belaufen, die Einziehung von 2 Mill. Mark Zubuße beschlossen, zahlbar in vier Raten am 1. Juli und 1. Oktober 1920 und 1. Januar und 1. April 1921. Man werde die Wiederinstandsetzungsarbeiten beschleunigen, um auch hier möglichst bald eine feste Beteiligung im Syndikat zu erhalten. Neu in den Grubenvorstand gemäß wurde Bankier Dammann-Hannover.

In der Gewerkenversammlung der Bergwerksgesellschaft Hope teilte die Verwaltung auf Anfrage mit, daß die Gesellschaft den größten Teil des 4,5 Mill. Mark betragenden Aktienkapitals von Adolf Glück besitze sowie auch den größten Teil der Einnahmen dieses Werkes erhalte. Im Hinblick auf diesen Umstand habe man auch die Hauptarbeiten auf Adolf Glück konzentriert.

Die Gewerkenversammlung der Gewerkschaft Oberröblingen genehmigte den Abschluß und wählte neu in den Grubenvorstand Bankdirektor Benno Weil von der Süddeutschen Disconto Gesellschaft in Mannheim.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 3. Mai. In der geschäftlichen Zurückhaltung trat auch zum Wochenbeginn keine Veränderung ein. Doch ist die Tendenz der Börse als fest zu bezeichnen. Größeres Interesse bei höheren Kursen bestand zeitweise für Kanada und im Gefolge davon auch für einige andere ausländische Werte, im Zusammenhang mit Gerüchten, wonach die früher feindlichen Staaten gewisse Erleichterungen hinsichtlich der Lieferbarkeit dieser Werte an den ausländischen Börsen zugestehen wollen. Für Kolonialwerte erhielt sich das bisherige Interesse bei mäßig anziehenden Kursen. Lebhafter gehandelt und stärker gesteigert waren nur Otavi, Südwest und zeitweise Neuguinea. Bei den übrigen Marktgebieten waren die Kursveränderungen enger begrenzt. Doch überwogen Besserungen, besonders für Schiffahrts-, Farb- und Elektroaktien und in minderem Grade für Montanwerte. Doch gingen sie nur bei Hansa, Berliner Anilin, Höchster Farbwerken, Deutsch-Ueberseeelektrischer und Felten und Guilleaume über 10 Prozent hinaus. Kali-, Petroleum- und Bankaktien waren überwiegend fest. Rentenwerte still und wenig verändert. Anatolier und Mexikaner waren etwas fester. Ausländische Devisen wurden bei der Porkurs-festsetzung zu leicht nachgebenden Preisen gehandelt. Später erfuhren die Kurse an der Börse nur geringe, meist nach oben gerichtete Veränderungen.

Devisenkurse.

Berlin, 3. Mai.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Gegenüberstellung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute		Gestern	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam Rotterdam	2072,75	2077,25	2082,75	2087,25
Brüssel-Antwerpen	364,60	368,40	369,60	370,40
Christiania	1083,75	1086,25	1098,75	1101,25
Kopenhagen	959,00	961,00	974,00	976,00
Stockholm	1218,75	1221,25	1226,25	1228,75
Helsingfors	302,20	303,80	297,30	297,80
Italien	253,70	254,30	259,70	260,30
London	218,75	219,25	222,25	222,75
New York	56,90	57,10	57,15	57,85
Paris	342,10	342,90	344,60	345,40
Schweiz	1014,00	1016,00	1021,25	1023,75
Spanien	964,00	976,00	974,00	976,00
Wien (alles Deutsch-Oest. abgest.)	21,41	21,52	20,98	21,02
Prag	27,22	27,28	27,72	27,78
Budapest	88,80	89,00	89,40	89,60
Bulgarien	24,47	24,53	25,47	25,53
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 3. Mai. Am Hafermarkt gelangten aus erster Hand, weil nicht rechtzeitig Verfügungen über die Neulieferung ergangen sind, größere Posten zum Verkauf. Die Geschäftslage war daher wiederum flau. Das gilt auch von den Nebenprodukten für Hafer, wie Haferflockmehl usw. Hülsenfrüchte bleiben kaum verkäuflich und ebenso gehen die Preise für Luninen und Serradella nach unten. In Heu und Stroh müssen sich die Verkäufer auch zu Preiszugeständnissen bequemen, zumal das Grünfutter bereits eine wesentliche Ausbilfe bietet.

Berlin, 3. Mai. Amtliche Notizen. (Preis für 1000 Kg in Mark.) Inländ. Hafer: loko: ab Speicher frei Wagen —; loko: ab Bahn —; sofortige Abladung ab Abladestation 2700 bis 2680. Tendens matt.

+ **Bei der Bauholzversteigerung im Forst Goslar** sanken die Preise gegenüber den im gleichen Forst im Anfang April erzielten neuen durchweg um 50 Prozent.

Merseburger Uebersandbanken. Am 29. April fand seitens der Aufsichtsbehörden die landespolizeiliche Abnahme der Erweiterungsstrecke Rössen—Dalpia statt. Es wird vom 2. Mai an nunmehr der Verkehr zwischen Merseburg und Dalpig aufgenommen werden. Unterdessen ist auch die Untersation des Leuna-Werke für die Speisung der Zweiglinie bis nach Dürrenberg fertiggestellt und in Betrieb genommen worden. Die Reststrecke Dalpig—Dürrenberg (Fährendorf) befindet sich noch im Bau, die Fertigstellung wird bis zum Juli erwartet.

Abermalige Erhöhung des belgischen Bankdiskonts. Die Banque Nationale hat den Diskontsatz um ein Prozent auf 5½ Prozent erhöht. Die letzte Erhöhung non 3½ auf 4½ Proz. erfolgte erst am 1. April d. J.

Aus dem Konzern der Deutschen Continentale Gasgesellschaft, Dessau. Die Ueberlandzentrale Ostharz Aktiengesellschaft verteilt wieder 8 Proz. Dividende.

Ein Opfer des Konjunkturumschwungs. Der Preisrückgang und die Absatzstockung haben ein größeres Berliner Konfektionshaus in Zahlungsverlegenheiten versetzt. Das Haus hatte, wie verlautet, größere Abschlüsse nach dem besetzten Gebiet gemacht, die infolge der Valutaverhältnisse zu Verlusten geführt haben. Es wird der Versuch gemacht, diese Abschlüsse wieder rückgängig zu machen. Wenn die Bemühungen fehlschlagen, so wäre der Zusammenbruch des Hauses unvermeidlich.

Berliner Börse

vom 3. Mai 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:		Chem. Griesheim . .	324,75
4½ % Disch. Schatzsch VI—IX . .		Chem. Heyden . . .	347,00
4½ % . . .	76,90	Consolidation Schalk	500,00
5½ % Dtsch. Reichsanl.	79,75	Crölwitzer Papierfbk	—
4½ % . . .	75,90	Daimler Motoren . .	283,50
4½ % . . .	67,60	Deutsche Luxemburg	321,50
3½ % . . .	74,50	Deutsche Uebersee-Elektr.	1105,00
4½ % Preuß. Konsols.	75,90	Deutsche Erdöl . .	803,00
3½ % . . .	63,40	Deutsche Gasglühl. .	5200,00
3½ % . . .	60,00	Deutsche Kali . . .	438,50
4½ % Oberl. Stadtanl. 89/99 . . .	98,75	Deutsche Waffen und Mun.	420,00
4½ % Magdb. Stadtanl. 91/06	—	Donnersmarckhütte .	—
4½ % Sächs. Neulandsch Pfdbl.	101,90	Döring & Lehrmann Dürrkoppwerk . .	159,50 —
4½ % Preuß. Centr. Bod. Pfdbl.	103,00	Engelhardt-Brauerei Elberfelder Farben	253,00 434,00
4½ % Preuß. Hyp. Bk. Pfdbl. 1911	103,50	Felten & Guillaume Gesmotoren Deutz .	500,00 203,00
4½ % Dess. Gas Oblig.	—	Gebhard & Co. . .	—
4½ % Dessauer Gas Obl.	94,90	Gebhard & König .	270,00
Ausländ. Werte:		Gelsenkirchen Berg.	318,00
4% Oesterr. Kronenrente	30,00	Glauziger-Zuckerfbk	582,00
4½ % Unger. Goldrente	83,50	Hallesche Maschinbk.	453,50
4½ % Unger. Kronenrente	35,50	Hann. Masch. . . .	385,00
		Harpener Berg . .	300,00
		Hasper Eisen . . .	600,00
		Hirsch Kupfer . . .	309,50
		Höchster Farbwerke	399,80
Eisenbahn-Aktien:		Hoesch Eisen u. Stahl	339,50
Halberst.-Blankenb.	100,25	Hohenlohe Werke .	198,75
Halle-Hettstedter .	—	Humboldt Masch. .	295,50
Schaumburgbahn . .	521,00	Ilse Bergbau . . .	388,00
Allg. Lokalbahn . .	125,25	Kahla Porzellan . .	570,50
Gr. Berl. Str. . .	137,37	Kaliw. Aschersleben	435,00
Magdeburger Str.-B.	—	Körbisd. Zucker-Akt.	325,50
Prinz-Heinrich-B. .	560,00	Kyffhäuserhütte . .	215,00
Orientbahn	226,00	Lahmeyer & Co. . .	212,00
		Lauchhammer . . .	345,00
Schiffahrts-Aktien:		Laurahütte	270,00
Hambg. Paketfahrt .	191,50	Linke & Hofmann	370,00
Hambg. Südamerika	272,00	Ludwig Loewe & Co.	300,00
Hansa-Dampfschiff. .	398,00	Lothringer Hütte .	303,50
Nordd. Lloyd . . .	186,00	Mannesmannröhren .	418,75
		Masch.-Fabr. Buckau	275,00
		Oberschl. Eisenb.-Bd.	321,00
		do. Caro Hag.	274,50
		do. Kokswerke .	408,00
Bank-Aktien:		Orenstein & Koppel .	290,00
Bank f. Thür. . . .	166,00	Phönix Berg . . .	430,25
Berl. Handelsges. . .	200,00	Rhein. Metall-Vorz.	290,00
Commerz-Diskontobank	191,00	Rhein. Stahlwaren .	324,00
Darmstädter Bank .	158,50	Riebeck. Monten . .	300,50
Dessauische Landesbank	132,50	Rombacher Hütten .	295,75
Deutsche Bank . . .	310,00	Rositzer Braunk. . .	310,00
Diskonto-Comm. . .	217,00	Rositzer Zucker . .	334,00
Dresdner Bank . . .	187,00	Sangerhäuser Masch.	403,00
Leipzig. Credit-Anst.	176,75	Hugo Schneider A.-G.	319,00
Mitteld. Creditbank .	156,50	Schuckert & Co. . .	199,50
Mitteld. Privatbank .	164,00	Siemens & Halske .	327,00
Nationalbank . . .	149,50	Stettiner Cham. . .	345,00
Oesterr. Kredit . . .	105,00	Stettiner Vulkan . .	243,50
Reichsbank	156,00	Stollberger Zinkh. .	290,00
		Strals. Spielkarten .	325,00
		Thale-Eisenhütte . .	415,25
		Triptis Porzellan .	272,00
Industrie-Aktien:		Türk. Tabakregie . .	—
Schultheiss-Brauerei	255,00	Ver. Köln-Rottweiler	309,75
Akt. f. Anilin . . .	388,00	Ver. Glanzstoff . .	1680,00
Allgem. Elektr. Ges.	337,00	Wegelin & Hübner	190,00
Ammendorfer Papierfabrik	—	Werschen-Weißenfelser Braunk. . . .	—
Anhalter Kohlenw. .	269,00	Westeregeln Alkali .	744,00
Annaberger Steingut	316,00	Wittener Gußstahl .	900,00
Badische Anilin . .	533,00	Wrede Mälzerei . .	133,25
Bergmann Elekt. Akt.	248,75	Zeitzer Masch. . .	462,00
Berl. Masch.-Bau . .	320,00	Zellstoff Waldhof . .	244,50
Bismarckhütte . . .	386,50	Otavi-Minen . . .	1010,00
Buchumer Gußstahl .	329,75		
Chem.-Fabr. Buckau	244,00		

Tendenz: fest.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 3. Mai 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie . . .	230,00
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz . .	130,00
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	168,00
Mansfelder Gewerkschaft.	4240,00
Portland, Zementfabrik Halle	147,00
Prehlitzer Braunkohlen	1050,00
Priorit.	1250,00
	—

Verantwortlich f. d. polit. Teil: J. V.: Eugen Brinkmann; f. d. örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Beschtmanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Bär; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Eine Ergänzung abschließender Sachkunde, ein Tat; die Früh- gestützt, zahlreiche Bildnisse berühmter Männer, Sport- und Kon- zertbilder, Szenen bedeutsamer Theateraufführungen im Düssel-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200504012/fragment/page=0004